

Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden

10. Band 1920 · Heft 4

Schippel
Die Sozialisierungsbewegung
in Sachsen



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden · Band X
Heft 4

Die Sozialisierungsbewegung in Sachsen

Vortrag gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden
am 13. März 1920

von

Max Schippel
in Dresden



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 1920

ISBN 978-3-663-15496-9
DOI 10.1007/978-3-663-16068-7

ISBN 978-3-663-16068-7 (eBook)

I.

Die Sozialisierungsbewegung in Sachsen mußte selbstverständlich stets von dem allgemeinen Vorgehen im Reiche abhängig sein. Wie oft haben wir früher sogar hören müssen: die wirtschaftliche Umformung der Gesellschaft nach den Interessen und Idealen der Arbeiterdemokratie — d. h. unter Abstoßung der heutigen kapitalistischen Spitzen und Leitungen — sei, bei dem Weithinauswachsen aller wesentlich modernen Wirtschaftszusammenhänge über den Rahmen der heutigen Nationen und Einzelstaaten, nur in internationalem Gleichstreben und Gleichwirken erreichbar. Wie oft wurde uns die Unentbehrlichkeit und der schöpferische Wert der Arbeiter-Internationale mit dem Hinweis begründet, daß auf den gleichen Bahnen industriell weltkaufende Völker nicht mit verschiedenen Wirtschaftssystemen belastet sein könnten, daß kapitalistische und sozialistische Produktionsländer, durch unbeherrschbare Zufälle des Entwicklungsganges auf gut Glück nebeneinander gestellt, weder isoliert zu leben noch sich harmonisch zu ergänzen vermöchten. Der Sozialismus wird international sich durchsetzen, oder er wird nicht sein!

Nur im ersten unklaren und unbändigen Überschwang der Revolutionshoffnungen konnte man schon von deutschen Gliedstaaten plötzlich große befreiende Taten in der Richtung der Entthronung des Kapitalismus erwarten. „Selbstverständlich“, hieß es Anfang Februar 1919 im ersten Neurath-Kranold-Schumannschen Entwurf einer Denkschrift an das Gesamtministerium,

„Selbstverständlich ist die Sozialisierung ohne Schwierigkeiten auch im Rahmen eines Teilstaates, wie der Republik Sachsen, mühelos durchführbar. Während sozialpolitische Umgestaltungen innerhalb der freien Verkehrswirtschaft nur dann durchführbar erscheinen, wenn sie gleichzeitig für das ganze Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reichs eingeführt werden, kann innerhalb des Reichs-

gebiets ein einzelner sozialisierter Staat den umliegenden gegenüberzutreten, wie ein riesenhaftes Großunternehmen der es umgebenden zersplitterten Wirtschaftswelt. Die Republik Sachsen würde, wenn sie sich zu dem entscheidenden Schritt einer vollgültigen Sozialisierung entschloße, für die Sozialisierung der ganzen Welt, jedenfalls aber Deutschlands, ein Beispiel geben, das unter keinen Umständen ohne nachhaltigste Wirkung bleiben könnte . . . Es muß daher unverzüglich das gesamte sächsische Wirtschaftsleben sozialisiert werden . . . In der Meinung, daß die deutsche Revolution von den gegenwärtigen Machthabern bis in ihre letzten Folgen hinein wirksam und fruchtbar gemacht werden muß, ersucht der Vollzugsrat (Zentralrat) des Landes-Arbeiter- und Soldatenrats der Republik Sachsen die provisorische Regierung der verfassungsgebenden Volkstammer, sogleich nach ihrem Zusammentreten ein System von Gesetzentwürfen über die Sozialisierung der gesamten sächsischen Volkswirtschaft vorzulegen.“¹⁾

Nicht gerade als eine notwendige Stütze, wohl aber als ein außerordentlicher Glücksfall erschien es deshalb diesem drängenden und stürmenden Flügel der Umschwungszeit, daß gleichzeitig in Bayern und Deutsch-Österreich die Entwicklung sich ähnlich auf rascheste Entscheidungen zuzuspitzen schien. Vor allem nach Bayern hinüber spannten sich die verbindenden Fäden zusehends dichter und aussichtsreicher. Ende Januar hatte Dr. Neurath vor dem Münchener Arbeiterrat sein „gesellschaftstechnisches Gutachten“ dargelegt, unter starker unmittelbarer Zustimmung der Hörer und mit bleibendem Eindruck auf die breiteren Arbeitermassen. Ende März befand sich Dr. Neurath, unbestreitbar der originellste Kopf dieser revolutionären Sonderströmung, bereits als Leiter des neu errichteten Zentralwirtschaftsamts in München. Schon vorher, am 13. März, hatte der Zentralrat des Volksstaates Bayern ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis der Grünweißen und der Blauweißen angeboten, weil „die Sozialisierungsmaßnahmen des Reiches nicht das sind, was eine entschlossene Revolutionsgewalt durch-

1) Sozialisierung Sachsens: Entwurf einer Denkschrift an das Gesamtministerium — mitgeteilt in der Chemnitzer „Volksstimme“ Nr. 34 vom 11. Februar 1919. Das daraufhin vom Vollzugsrat (Zentralrat) des sächsischen Landes-Arbeiter- und Soldatenrates dem Gesamtministerium „zur Berücksichtigung überwiesene“ Programm ist im Wortlaut als Anhang dieser Schrift (S. 33 ff.) beigelegt.

führen muß. Es gilt nicht lahme Teilverstaatlichungen, es gilt den Sozialismus! Die Vollsozialisierung Bayerns nach umfassenden Plänen ist auf dem Marsch."

"Der Zentralrat des Volksstaates Bayern will die Vollsozialisierung Bayerns, das ist die vollständige Kontrolle der Rohstoff- und Energieverwendung und ihrer endgültigen Verwertung sofort mit aller Kraft in Angriff genommen wissen. Da die Volkstammer des Volksstaates Sachsen beschloßen hat, daß auch in Sachsen die Produktion und Verteilung planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen erfolgen soll, schlagen wir gemeinsame Arbeit zum Wohle der beiden Völker vor. Die Zukunft des Sozialismus kann nicht stärker gesichert werden als durch gemeinsame Arbeit aller Staaten, die den wirtschaftlichen Sozialismus verwirklichen. Wir beantragen, sofort in Hof oder Plauen eine Konferenz von Kennern der Sozialisierungsfrage aus beiden Staaten zusammentreten zu lassen. Die Bevollmächtigten werden über die Sozialisierung nach gemeinsamen Grundsätzen Beschluß zu fassen haben. Jeder der beiden Staaten errichtet zur sofortigen Durchführung der Vollsozialisierung ein Zentral-Wirtschaftsamt. Außerdem wäre eine gemeinsame bayerisch-sächsische Sozialisierungsstelle in Hof oder Plauen zu errichten, welche die einheitlichen Grundsätze für die Wirtschaftspläne, sowie für die Verteilung auszuarbeiten, für entsprechende Aufklärung zu sorgen und die Leitung des zu gründenden bayerisch-sächsischen Kompensationsverbandes zu übernehmen hätte. Das Zusammenwirken des vorwiegend agrarischen Bayerns mit dem vorwiegend industriellen Sachsen würde beiden Völkern bedeutende Vorteile sichern, insbesondere auch die Kompensationsverhandlungen mit dritten Staaten günstig beeinflussen. So wird die Sache des Sozialismus in Deutschland dem unausbleiblichen Sieg entscheidend nähergebracht."

Das Echo aus Sachsen entsprach dem Kraft- und Selbstbewußtsein dieses Angebotes aus München. Es zeige sich, daß der Gedanke der Sozialisierung, wenn er erst einmal an einem Punkte im Deutschen Reich festen Fuß gefaßt habe, von dort mit Leichtigkeit auf andere Teile Deutschlands überspringe. Ferner eröffne sich der Ausblick, daß Sachsen für seine vorwiegend industrielle Wirtschaft eine breitere Lebensmittelgrundlage gewinne: „Sachsen, mit seiner ganz überwiegenden Eisen- und Textilindustrie und seinem Bergbau, und Bayern mit seinen Wasserkräften und seiner großartigen Landwirtschaft ergänzen sich wirtschaftlich in der vortrefflichsten Weise. Die übermäßig dichte Bevölkerung Sachsens und die unter dem Durchschnitt stehende Dichtigkeit der Bevölkerung in einem gro-

ßen Teil von Bayern gleichen sich gegenseitig ebenfalls aus, so daß bei einer auf Sozialisierung und Naturalwirtschaft gegründeten bundesgenössischen Einigung dieser beiden Staaten zweifellos ein Wirtschaftsgebilde herauskommt, das, von überseeischen Rohstoffen abgesehen, imstande ist, aus dem Ertrag des eigenen Bodens sich zu versorgen, und daß dadurch alle Einwände, das sächsische Volk werde bei der Sozialisierung verhungern müssen, von vornherein niedergeschlagen werden. . . . Man mache sich einmal klar, was das heißt! Man stelle sich bloß einmal einen Augenblick lang an Hand der Karte vor, welch ein großer sozialistischer Staatenblock durch die Verbündung Bayerns, Sachsens und Deutsch-Österreichs im Zeichen der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung entsteht. Was da wird, das ist hoffnungsreichste Zukunft, von dem darf man erwarten, daß der Gedanke lawinenartig weiter wachsen und die sich dagegen stemmende Bürokratie des Staates und der Parteien entweder zum Nachgeben zwingen oder wegschwemmen wird. . . . Warten wir ab, was die sächsische Regierung tut, ob sie die Zeichen der Zeit erkennt oder sich dieser Erkenntnis verschließt. Sie mag das eine oder andere tun, der Gedanke der Sozialisierung wird in beiden Fällen den Sieg an seine Fahnen fesseln. . . . Nun gibt es kein Zurück mehr. Es wird sich in Sachsen kein Ministerium finden, welches gegen den ausdrücklichen Willen des sächsischen Proletariats vor der sofortigen Inangriffnahme der Vollsozialisierung Sachsens zurückschreckt. In allen Teilen Sachsens wird dieser weltgeschichtliche Entschluß Freude, ja Begeisterung auslösen. . . . Alle politischen Errungenschaften sind ein Gaukelspiel, wenn die wirtschaftlichen nicht folgen.“²⁾

Erinnert man sich heute von neuem dieser Gipfel des bergverehenden Glaubens an die nahe grundstürzende Weltenwende, so ist das Wiederherabgleiten zu nüchterneren Vorstellungen und zu

2) Leitartikel Chemnitzer „Volksstimme“ vom 20. März 1919, und Leitartikel von Dr. O. Neurath in „Freie Presse“, Leipzig, 22. Februar 1919.

fast allseitiger Billigung einer ruhigen schrittweisen Reformpolitik nicht bloß unverkennbar, sondern in der Tat verblüffend. Um so mehr, als dieser vollständige Umschlag der Auffassungen sich in Sachsen ohne besonders aufsehenerregende politische Zwischenfälle und sachliche Auseinandersetzungen vollzog, die allerdings in Bayern um so sensationeller sich abspielten. Am 14. Mai 1919 wurde hier Neurath seiner Stellung als Vorstand des Zentral-Wirtschaftsamts wieder enthoben, am 16. Mai schritt man zu seiner Verhaftung, und später kam es zu einem Hochverratsprozeß wegen seiner Beziehungen zu der anfangs April ausgerufenen Räteregierung, der schließlich, obwohl Neurath wirklich kein Anhänger der Räterediktatur war, mit einer (niemals vollstreckten) Verurteilung zu anderthalb Jahren Festungshaft endete. Rein persönliche Zusammenhänge zwischen diesem Niederbruch in Bayern und dem Rückschlag in Sachsen fehlen zwar nicht: waren doch mit Neurath auch andere Häupter der sächsischen Sozialisierungsbewegung nach Bayern hinübergewechselt. Letzten Endes durchschlagend waren jedoch hien wie drüben die sachlichen Hindernisse und Schwierigkeiten jedes gliedstaatlich begrenzten und dabei doch im Endziel schrankenlosen Sondervorgehens.

Produktionszweige von innen heraus neu zu gliedern und ordnen und nach außen die Beziehungen zwischen Produktionszweigen und der Gesamtwirtschaft in andere Formen hinüberzuleiten, war unter den modernen Verkehrs- und Absatzverhältnissen längst schon, unter immer stärkerem Beiseiteschieben der Einzelstaaten, zu einer Aufgabe des Reiches geworden und ließ sich bei den alteingewurzeltten und immer von neuem sich geltend machenden allseitigen Interessenverflechtungen und gegenseitigen Rückwirkungen weniger denn je bloß gebiets- und stückweise in Angriff nehmen. Die Sozialisierungskommission des Reiches hatte daher schon am 30. Januar 1919 den förmlichen Beschluß gefaßt, „die Vergesellschaftung von Naturschätzen, Wirtschaftsbetrieben und Grundbesitz, die Bildung von Zwangsverbänden der Unternehmungen eines Wirt-

schafszweiges“ ausdrücklich der Zuständigkeit des Reiches vorzuhalten. Ähnlich sprach das endgültige Sozialisierungsgesetz (später unter dem 23. März veröffentlicht) dem Reiche die Befugnis zu: „für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften in Gemeinwirtschaft zu überführen, — im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln“. Auf der anderen Seite antwortete auf das partikularstaatliche Drängen Anfang Februar sofort die amtliche Sächsische Staatszeitung: soweit sächsische Unternehmen zur Sozialisierung reif seien, werde und könne die sächsische Regierung „nur im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit der Reichsregierung“ handeln. Die neugebildete mehrheitssozialistische Regierung gab gleichfalls bei ihrem ersten Auftreten vor der Kammer (am 20. März 1919) durch den Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer sofort die programmatische Erklärung ab: „Durch plötzliche und ungeordnete Eingriffe in das Wirtschaftsleben, in diesen oder jenen Betrieben oder in einzelnen Landesteilen, würde schwerer Schaden, Rückgang und Untergang unserer Volkswirtschaft herbeigeführt werden . . . Das Werk der wirtschaftlichen Sozialisierung muß in erster Reihe Sache des Reiches sein [auch im stenographischen Verhandlungsbericht durch Sperrung hervorgehoben], das sich bereits die Gesetzgebung über diese Angelegenheiten vorbehalten hat.“ Wirtschaftsminister Schwarz unterstrich am 26. März diese Verwahrung nochmals: „Gegen den Willen, gegen die Bestimmung des Reiches wird Sachsen in der Sozialisierungsfrage nicht vorgehen.“

Auch für die berufene Macht, das Reich, haben aber die Voraussetzungen des Sozialisierens, trotz der militärischen Revolution und trotz dem Wetterumschlag auf den politischen Höhen, kaum je so ungünstig gelegen wie gegenwärtig.

Nach langen Jahren des Krieges und der vielleicht noch schlim-

meren Übergangszeit, nach der endlosen einseitigen Anspannung für abnorme militärische Zwecke, nach der Zerstörung aller ihrer regelmäßigen Bezugs- und Absatzbedingungen bedarf unsere innerlich todkrankte Wirtschaft — mag sie unter der auffallenden, jedoch vergänglichem und noch dazu vergiftenden Schminke der Kriegsgewinne und Konjunkturgewinne hier und da ein leidliches Leben und sogar eine gewisse Blüte vorzutauschen suchen — in erster Linie der Sicherung vor gewagten Experimenten. Ist sie in ihrem ganzen Aufbau auseinander gerissen, so erscheint das geschichtlich überlieferte Unternehmertum weniger denn bisher als bloßes Kräfteabzuges, produktiv bedeutungsloses Schmarozertum und mehr denn vordem als vorläufig noch schwer und wahrscheinlich nur ganz allmählich ersetzliche organisatorische Kraft des wirtschaftlichen Gedeihens. Durch fast alle neueren sozialisierungsfreundlichen Veröffentlichungen läßt sich diese überraschende Umwertung verfolgen, die sich zum mindesten in der Schlußfolgerung ausdrückt: es sei keineswegs ratsam, die Unternehmerschicht aus der künftigen Produktion ganz auszuschalten, sie nach dieser Seite als vollkommen zur Inaktivität verurteiltes Ablösungsrentnertum möglichst unschädlich zu machen; es empfehle sich vielmehr, diese Kräfte in erster Linie für die wesensähnlichen organisatorischen Aufgaben der wirtschaftlichen Neuordnung zu erhalten und zu gewinnen.³⁾ Trifft das eingeständenermaßen sogar auf die allenfalls vollziehbaren Teilsozialisierungen zu, dann um so mehr für die weit ausgedehnteren Kreise des vorläufigen Fortbestandes der alten Wirtschaftsweise. Man kann, während das Schicksal jedes einzelnen unlösbar und unentrinnbar von dem Wiederingangbringen der aus allen festen Geleisen geworfenen, aus allen Fugen und Gelenken getriebenen Produktion abhängt, keine langfristigen und selbst keine kurzfristigen Kapitalsauslagen für Rohstoffbeschaffungen, für Betriebs-

3) Vgl. Dr. Ed. Heimann (vormals Geschäftsführer der Sozialisierungskommission), Die Sozialisierung, ihre Aufgabe und ihre Form, Berlin 1919, S. 16ff.

anlagen, für Absaherschließungen erwarten, wenn man gleichzeitig das Damoklesschwert der revolutionär durchgreifenden Absehung und Expropriation über jedem Unternehmer schweben läßt. Das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 sicherte deshalb bei allen Unternehmungsübertragungen „angemessene Entschädigung“ zu und auch die neue Reichsverfassung (Artikel 153) verbürgte bei Enteignungen — die „nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage“ vorgenommen werden dürften — abermals eine „angemessene Entschädigung“; wegen der Höhe der Entschädigung ist im allgemeinen „im Streitfall der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten“.

Konnten unter solchen, bei halbwegs normalen Wirtschaftsverhältnissen niemals vorauszusetzenden oder auch nur vorauszunehmenden Betätigungsgrundlagen die Sozialisierungsanhänger nicht daran denken, selbst den heimischen Unternehmern gegenüber rücksichtslos oder drohend aufzutreten, so verbot sich dies um so mehr gegenüber dem ausländischen Kapital, von dessen Neigungen und Abneigungen Deutschland — das sozialistische vielleicht noch mehr als das kapitalistische — zu seiner Wiederaufrichtung nun einmal abhängig geworden ist. Eine sozialistische Revolution, die scheu und ergeben nach dem Stirnrücken des ausländischen Kapitals blicken muß: darin allein liegt schon ein unerträgliches Quell schwerster Hemmungen und bitterster Enttäuschungen ganz außerordentlicher, vorher in keine Zukunftsrechnung einzustellender Art. Es ist kennzeichnend, wie der weitestblickende und einflußreichste Führer der österreichischen Sozialisierungspolitik, Otto Bauer, diese Klippe für die ganze Bewegung deutlich erkennt und in ihren Wirkungen durchaus richtig würdigt:

„Die objektive Möglichkeit der Sozialisierung ist . . . wesentlich beeinträchtigt . . . Wir sind in die drückendste Abhängigkeit vom Ententekapital geraten. Wir können nicht leben, wenn die Entente uns nicht große Kredite zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen gewährt. Das Ententekapital gibt uns aber diese Kredite nicht anders als gegen Sicherstellung auf unseren Boden und gegen Beteiligung an unseren Unternehmungen. Es gibt uns die

Kredite nicht, wenn diese Sicherstellungen und Beteiligungen durch eine Gesetzgebung entwertet werden, die das kapitalistische Eigentum mit der Enteignung bedroht. Eine Sozialisierungsgesetzgebung, die den Staat zur Enteignung kapitalistischer Unternehmungen ermächtigt, könnte daher die Beschaffung von Lebensmittel- und Rohstoffkrediten in den Ententeländern erschweren. So ist mit der Entscheidung über den Anschluß an Deutschland zunächst auch die Entscheidung über den Fortgang der Sozialisierungsaktion gefallen. Die Verweigerung des Anschlusses hat unsere Abhängigkeit von dem Privatkapital der Ententeländer überaus vergrößert und damit auch der gegen das privatkapitalistische Eigentum auf unserem Boden gerichteten Aktion die größten Hindernisse bereitet. Die Folgen dieser veränderten europäischen Lage haben sich im weiteren Verlaufe der Sozialisierungsaktion sehr bald gezeigt.“⁴⁾

Dazu kam als weitere Hemmung die beispiellose finanzielle Schwäche unserer Staatsgewalt und unserer Gemeinden. Es konnte einem finanziell starken Preußen dereinst nicht übermäßig schwer fallen, einige Milliarden in einem Staatsbahnnetz anzulegen, und trotzdem erhoben sich warnende, für den allgemeinen Staatskredit besorgte Stimmen selbst auf der Seite der Anhänger des Staatsbahnsystems. Reich, Einzelstaat und Gemeinden können gegenwärtig jedoch niemals darauf ausgehen, auf den Pelion ihrer lang- und kurzfristigen Kriegs- und Notstandsschulden noch einen Ossa von Sozialisierungsanleihen wälzen zu wollen, selbst wenn es den zweifelsfreiesten Himmel zu stürmen gälte. Wir sind heute in Deutschland keine Giganten; selbst die alte Schuldenlast nimmt uns bereits den Atem, läßt uns hier und da bereits von unvermeidlichem Reichs- und Staatsbankrott reden, und jede neue Anleihe würden wir, wenn überhaupt, nur unter den drückendsten Bedingungen und unter weiterer Entwertung unseres gesamten Anleiheumlaufs, unter neuen schwersten Krediterschütterungen unterzubringen vermögen.

In ähnlicher Richtung, jedoch noch viel ausschlaggebender wirkt endlich unser Valuta elend: für die nächste praktisch absehbare Zeit auch hier, bei der Sozialisierung, vielleicht unser schwerstes Ver-

4) Otto Bauer, Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahre der Republik, Wien 1919, S. 8.

hängnis, das grausamste, furchtbarste Bleigewicht an unseren lahmen Süßen, das uns bei jedem Vorwärtstreben fesselt und zurückzerrt. Wir sahen, warum wir gegenwärtig, im Chaos der Übergangswirren, weniger denn je ohne Entschädigung expropriieren könnten. Wenn wir dennoch heute umfassender sozialisieren wollten, so müßten wir es vollends tun zu maßlos aufgetriebenen Preisen aller Waren, Vorräte und Beschaffungen und zu entsprechend übertriebenen, bis zur selbstmörderischen Tollheit verstiegenen Kapitalbewertungen. Ein Blick auf unsere eigenen täglichen Erfahrungen, auf die Warenhandelsteile und Börsenkurszettel unserer Zeitungen lehrt uns allein schon zur Genüge, mit welchen zeitweisen Preisentartungen wir hierbei rechnen müßten. Aber wir glauben doch alle an die unausbleibliche Rückkehr zu normalerem Valutastand und zu entsprechend niedrigeren Warenpreisen und Kapitalbewertungen. Wir hoffen sogar auf förmliche Wiederumwälzungen nach unten hin. Bei nominell geringeren, nominell rapid zusammenschmelzenden Zukunftseinnahmen und Vermögensbeständen trügen wir dann eine nominell gleichgebliebene, tatsächlich an spezifischem Gewicht ununterbrochen rapid zunehmende Vergangenheitserbschaft an Schulden und Schuldzinsen. Wir befänden uns in der Lage eines Konsortiums, das Bauterrains und Häuser blindlings in der Periode einer maßlosen Hausse erwirbt und dann bei sinkenden und zusammenbrechenden Mieten, Häuser- und Bodenwerten nach wie vor übernommene Verpflichtungen aus der Periode vollkommen anderer, unvergleichlich höherer Wertgestaltung zu erfüllen hat.

Frühere Währungserfahrungen, vor allem aus der Zeit der Silberentthronung und =entwertung und der (relativen oder absoluten) Goldwertsteigerung haben uns bewiesen, daß gegen diese innere Werterhöhung von Verpflichtungen kein heilendes Wunderkraut zu entdecken war, und bitterbelaagte soziale Bedrängnisse sind damals aus ihnen hervorgewachsen. Die früheren Währungsnöte waren jedoch ein tändelndes Kinderspiel gegen den Ernst der heu-

tigen, und deshalb scheitern hieran vorerst alle zeitlich weiterreichenden Umgestaltungen, die unsere Wirtschaftszukunft dauernd in unheilvollster, verderbenschwangerster Weise mit einer aus Rand und Band geratenen Gegenwart von unerhörter Wertabnormität verbinden würden.

Aus allen diesen Ursachen, die man bis zur Verzweiflung bedauern mag, die man aber auf keinen Fall als nicht vorhanden übersehen und behandeln darf, ist die einst so überschäumend heranrauschende Sozialisierungswelle nicht nur in Sachsen wieder zurückgewichen, sondern ebenso in den zu Bundesgenossen aufgerufenen Staaten wie Bayern und Deutsch-Österreich, und ebenso im Reich, obwohl hier immer noch verhältnismäßig die günstigsten Vorbedingungen vorliegen.

Oben wurde Dr. Otto Bauer zitiert, der ursprünglich der radikalste Sozialisierungspolitiker in Österreich war und unseren deutschen Unabhängigen geistig näher steht wie unseren Mehrheitssozialisten. Ebenso gut hätte Professor Lederer angeführt werden können, der anfangs der deutschen Sozialisierungskommission angehörte — die bekanntlich durch ihr Drängen der Reichsregierung mißliebig wurde — und dann die Hauptarbeitskraft des Wiener Amtes bildete: „Es müssen erst wieder die wirtschaftlichen Trümmer, welche sich auf seinem (Österreichs) Boden befinden, zu einem sinnvollen Ganzen zusammengesetzt werden, seine Industrie muß wieder in Gang gesetzt werden... Je schwieriger die wirtschaftliche Lage eines Landes ist, desto schwieriger ist auch die Sozialisierung. Sollen wir heute Industrien sozialisieren, die vor dem Kriege größtenteils vom Absatz für Konsumentenkreise lebten, welchen jetzt der Boden unter den Füßen weggezogen würde?... Wir dürfen nie einen Moment vergessen, daß jeder falsche Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung uns in den Abgrund treiben kann. Es ist weitaus besser, wenn sich einige Sozialisten in den Augen ungeduldiger Massen oder kenntnisloser Literaten diskreditieren, als wenn ein Mißerfolg die Idee diskreditiert. Ein Mißerfolg aber

könnte nicht ausbleiben, wenn mehr geschehe, als wirtschaftlich möglich ist.“⁵⁾

II.

Kehren wir nunmehr zu den besonderen sächsischen Vorgängen zurück, so erscheint es lohnend, ihrer markantesten Gestalt eine besondere Betrachtung zu widmen.

Dr. Otto Neurath war bis kurz vor seinem öffentlichen Auftreten in Sachsen und Bayern ein vorwiegend in die Stille der Studierstubezurückgezogener, wie er selber sagt: „allem politischen Leben abholder“ Privatdozent — in Wien an der Handelsakademie, dann in Heidelberg — gewesen: weiteren Kreisen hauptsächlich durch einen Abriß der antiken Wirtschaftsgeschichte bekannt, der als eine fleißige, tüchtige Leistung mit mancherlei selbständigen geistvollen Zügen gerühmt wird. Dem Schauplatz seines ziemlich unvermittelten politischen Auftretens rückte er im Februar 1918 näher durch seine Ernennung zum Direktor des Deutschen Wirtschaftsmuseums in Leipzig, das durch umfassende Sammlung von wirtschaftswichtigen Gegenständen, Mustern und Proben, Modellen und Photographien, Statistiken, graphischen Darstellungen und Urkunden, Drucksachen und Ausschnitten, durch Schausammlung und Wanderausstellungen hauptsächlich der volkswirtschaftlichen Allgemeinbildung und Forschung dienen sollte, das aber seit dem Jahre 1917 zugleich eine Sonderabteilung Deutsches Kriegswirtschaftsmuseum besaß. Diese kriegswirtschaftliche Forschungsarbeit lockte Neurath wohl vor allem nach Leipzig, denn ihr hatte er sich seit Jahren mehr und mehr theoretisierend gewidmet und für sie empfing er während des Krieges, als er sich längere Zeit in der österreichischen Intendantz für Militärverpflegung betätigte, zugleich reichere praktische Anregungen. Von diesem Gebiet aus ist überhaupt erst der ganze eigenartige Zuschnitt der Neurath'schen Sozialisierungsgedankenwelt zu erklären und zu verstehen.

5) Zitiert von Wissell auf dem Weimarer sozialdemokratischen Parteitag 1919, Protokoll S. 368 — auch wieder abgedruckt in Rud. Wissell, Praktische Wirtschaftspolitik, Berlin 1919, S. 95.

Was Neurath wie mit Zaubergewalt immer wieder an dem Krieg und der Kriegswirtschaft anzog, war das Zurückweichen der freien Verkehrswirtschaft, das Herausbilden einer umfassenden Planwirtschaft, die an Stelle der buntschedig ungeordneten Produktion vielfach die einheitliche Zusammenfassung der zersplitterten Betriebe, die vereinfachende Standardisierung der Erzeugnisse setzte — aber ferner auch im Inneren an Stelle des Kaufes die einfache Zuweisung, nach außen zu an Stelle des internationalen, in tausendfältigen Interessenkämpfen hin und her wogenden Handels alten Stiles den gebunden festgelegten Kompensationsverkehr: die auf zentraler Verständigung beruhende gegenseitige Zuweisung und Zuführung von naturalen Produktmengen — an Stelle des vermittelnden Geldverkehrs die unmittelbaren naturalen Beziehungen. Um diese Beobachtungen freiste mehr und mehr das Neurathsche Denken, und eine gewisse künstlerische, wissenschaftliche Grundvorstellungen gern bis zur utopistischen Verklärung und Überspanntheit fortspinnende Neigung, eine Geistesverwandtschaft mit den Popper-Lynkeus, Bellamy und ähnlichen Zukunftsschilderern zog ihn vollends in den Bannkreis einer liebgewordenen, zuletzt sein ganzes Urteilen und Verhalten ausschließlich beherrschenden Ideenrichtung.

Er sei, legt er selber dar, immer von dem Gedanken getragen gewesen, die „freie Verkehrswirtschaft gehe zu Ende, die Zeit der Verwaltungswirtschaft (dies ist eine seiner Lieblingsbezeichnungen) beginne, die Geldwirtschaft löse sich auf, um einer durchorganisierten Naturalwirtschaft Platz zu machen“. Der Weltkrieg habe die zentrale Beherrschung der Kräfte und Stoffe, den Ersatz des zersplitterten individuellen Gewinnstrebens durch den „Wirtschaftsplan“ machtvoll entwickelt und schließlich zur Sorderung des Tages erhoben, nachdem — diese Verliebtheit in die bloße Organisation als solche ist und bleibt für Neurath jederzeit charakteristisch — „Staatskartelle, Staatstrufts und ähnliche Organisationen“ sich ihm als „ausichtsreiche Vorläufer der neuen Zeit“ enthüllt hatten. Die ord-

nende, gliedernde wie zusammenfügende „Zentralstelle“, wie sie aus der Not des Krieges entsprang, wird ihm zur lebenswichtigen Zentralsonne alles Fortschrittes, der er sich in immer begeisterteren Huldigungen zuwendet und die er überall segenspendend erblickt, wo nicht mehr „der einzelne durch seine Tauscherwägungen den Ausschlag gibt“. Diese, das freie Konkurrenzsystem ablösende Verwaltungswirtschaft „treffen wir ebenso dort an, wo Kartelle eine zentrale Führung in der Hand haben, wie dort, wo dieselbe Regierungsstellen anvertraut ist“. Ihr zu allseitigem Durchbruch zu verhelfen und sie zu höherer Entfaltung zu bringen, ist die Aufgabe der Gegenwart, und mit der Zeit erscheint Neurath diese Aufgabe als seine persönliche Mission, die in der Aufregung der ersten Revolutionszeit den politisch vollkommen Unerfahrenen nicht mehr am Studiertisch und bei der leidenschaftslos abgeklärten wissenschaftlichen Stoffsammlung und Beobachtung duldet. „Das Zaudern und Schwanken der zum Handeln Berufenen . . . veranlaßten mich, endlich nach langem Bedenken das Leben der Beschaulichkeit abzuschließen und das der Tat zu beginnen, um (wiederum ganz Neurathisch!) eine beglückende Verwaltungswirtschaft herbeiführen zu helfen.“⁶⁾

Vor nichts, was den ins Auge gefaßten Zweck — die rationellere, systematischere Produktion — und die dafür passend erscheinenden Mittel anlangt, schreißt alsdann dieser seltsame Revolutionspedant zurück. Er besitzt in stärkstem Maße die Logik, die Unbefangenheit und Offenheit des von seiner Sendung Überzeugten, und bei allen demagogischen Entgleisungen der Folgezeit verkündet er seinen Hörern und Lesern seelenruhig zugleich manche, zum mindesten nicht ganz unanstößige Erkenntnis:

„Unser Zeitalter drängt dazu, das Leben bewußt zu gestalten . . . All diese Neugestaltungen werden nur dann erfolgreich durchgeführt, wenn der Mensch berechtigter- oder unberechtigterweise das Vertrauen hat, er könne das Dasein beherrschen, und darin auch ein Ideal erblickt . . . Gewiß, es ist ein Wagnis, sich dem Rationalismus hinzugeben. Aber was ist kein Wagnis?

6) Otto Neurath, Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München, Callwey 1919, Geleitwort.

War etwa der Weltkrieg kein Wagnis? Hat man ihn auch so vorsichtig ins Wert gesetzt, wie heute viele die Neugestaltungen unserer Lebensordnung ins Wert gesetzt sehen wollen?“⁷⁾

Leuchtendes Vorbild bleibt ihm immer wieder der, trotz allen Auswüchsen und Sonderzielen unverwischbare Grundzug der Kriegswirtschaft, weil diese ihm die bewußt eingreifende gesellschaftliche Vernunft an Stelle der, ihrer letzten gesellschaftlichen Aufgaben unbewußten, in blinden Zielzuckbewegungen einhertappenden, übersichts- und planlosen Konkurrenz verkörpert:

„Was für uns wichtig ist und gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt die Sozialisierung so sehr erleichtert, das ist der Umstand, daß der Krieg ein Organisator im größten Stile war. Der Militarismus hat für Deutschland eine große Mission zu erfüllen gehabt, eine Mission, die darin bestand, zu zeigen, wie man zielbewußt eine ganze Volkswirtschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten bis in die kleinsten Teile zu beherrschen unternimmt. Und was da der Militarismus gelehrt hat, das wird der Sozialismus vollenden. Vergessen Sie nicht, daß man mit derselben Berechtigung und mit derselben Klarheit des Denkens, die dem Feldherrn eigen ist, der eine Armee zum Siege führt, die Versorgung eines Volkes mit allem, was es bedarf, anstreben kann. Es ist derselbe Geist, der auf der einen Seite für Vernichtung arbeitet und auf der anderen Seite am Aufbau. Übersehen wir nicht, daß alle die großen Kriegszentralen, die der Militarismus geschaffen hat, nichts anderes sind als Vorstufen der Sozialisierung. Alle Kriegszentralen und Kriegsgesellschaften, ob sie nun im einzelnen wirtschaftlich oder unwirtschaftlich wirken, sind Großorganisationen; wir können an ihnen lernen. Würde man jetzt beim Friedensschluß die Auflösung dieser Organisationen zulassen, um erst dann wieder, wenn die freie Verkehrswirtschaft voll entfaltet ist, an die Sozialisierung zu schreiten, so würde man einen großen Teil der Vorbereitungen aufgeben, die von der militaristischen Ordnung in Deutschland geleistet worden sind und zum Teil vorzüglich geleistet worden sind.“⁸⁾

Zwischen den einzelnen Betrieben, die bisher in ihrer weitgehenden Isolierung allzuwenig voneinander wußten und allzuviel gegeneinander wirkten, ist die gewaltige Kräfte sparende Verbindung durch Kartellierung, Gemeinsamkeit des Rohstoffbezuges,

7) Technik und Wirtschaftsordnung, München, Callwey 1919, S. 14.

8) Die Sozialisierung Sachsens. Drei Vorträge, gehalten im Volkshaus zu Chemnitz. Chemnitz, Verlag des Arbeiter- und Soldatenrats im Industriebezirk Chemnitz, 1919, S. 10.

durch Normung und Typisierung zu schaffen. Aber selbst innerhalb der Betriebe, wo man nach der vorherrschenden Einbildung die Hand des Einzelunternehmers am erfolgreichsten in der allseitigen Durchsetzung des kleinsten Kraft- und Stoffaufwandes spüren müßte, bedarf es sehr der gesellschaftlich-zentral ordnenden Hand:

„Der größte Teil unserer Unternehmungen in Sachsen arbeitet unrationell. Es ist wissenschaftlich bis zum Überfluß nachgewiesen, daß fast jede Fabrik, die Sie hernehmen, weitestgehende Verbesserungen zuläßt . . . Es ist nicht richtig, daß die Unternehmer durch das Gewinnstreben ausreichend angereizt werden, denn im Unternehmertum und, was das Bemerkenswerte ist, gerade unter den Kaufleuten herrscht ein bemerkenswerter konservativer Geist, das Festhalten an überkommenen Einrichtungen ist ungemein groß . . . Alles, was man als Amerikanisierung der Betriebe bezeichnet, setzt sich nur langsam durch.“⁹⁾

Nicht minder gilt dies — und hier kehren sich die Neurathschen Mahnungen und Bußpredigten gegen die eingerissene Lotterwirtschaft den Arbeitern zu — von der Leistung der persönlichen Arbeit, bei der lange nicht alle Ansporne und Einrichtungen zur höchsten Ergiebigkeit zur Ausbildung gelangen. Es müsse „neben Maschinentechnik die Arbeitstechnik“ treten. „Als man ihr Aufmerksamkeit schenkte, zeigte es sich, daß die meisten Handgriffe des Tages unzweckmäßig ausgeführt werden, daß man zum Beispiel seit Tausenden von Jahren die Ziegel falsch legte.“¹⁰⁾ Bei der Entlohnung sei viel mehr als bisher die Art der Leistung und der Grad der Leistung zu berücksichtigen:

„Wir müssen unbedingt, wenn wir sozialisieren, Affordlöhne haben, und zwar sehr genau ausgearbeitete, sonst ist es nicht zu machen . . . Die einzelnen Genossen haben kein Mittel, sich gegen den zu schützen, der faul ist, der auf den Fleiß der anderen spekuliert. Daher muß eine sozialisierte Wirtschaft (!), wo es wirklich nötig ist — ich füge jetzt hinzu: solange wir das jetzige Arbeitsverhältnis (!) überhaupt haben —, unbedingt individuelle Entlohnung nach der Leistung haben, nicht um des Unternehmers willen, sondern um der Genossen willen. Es sollen nicht die, die fleißig sind, leiden unter denen, die faul sind.“¹¹⁾

- 9) Die Sozialisierung Sachsens, S. 69.
10) Technik und Wirtschaftsordnung, S. 4.
11) Die Sozialisierung Sachsens, S. 47—48.

Die Taylorisierung wird offen empfohlen, denn in der neuen Wirtschaftsordnung wird sie andere Wirkungen auslösen wie heute, wo „der Zweck die Bereicherung des Unternehmers“ ist:

„Was tut nun der sozialisierte Staat? Entläßt er Arbeiter? Das ist Unsinn, er verkürzt die Arbeitszeit. Es würde einfach heißen: Jetzt ist gut taylorisiert . . . Es ist bemerkenswert, daß bei der Tagung der interparlamentarischen Konferenz der Entente der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: „Allgemeine Einführung des Taylorsystems.“ Wenn die Entente das für sich als gut befindet, wird sie schon wissen, warum sie das tut.“¹²⁾

Das alles ist zweifellos, den klar hervortretenden Ausgangspunkt als gegeben hingenommen, in sich ganz folgerichtig gesehen und gedacht: In der heutigen Wirtschaft macht sich viel zu viel Planlosigkeit und Verlotterung breit; es gilt, ihr Einheitlichkeit und Leistungsvervollkommnung beizubringen.

Aber mancher Leser wird bereits während der Herausshälung dieser grundlegenden Gedankengänge etwas stutzig gefragt haben: was hat dies alles mit der wirtschaftlich=revolutionären Befreiungsbewegung einer großen sozialen Klasse, mit der Arbeiteremanzipationsbewegung in dem uns und der ganzen europäischen Kulturwelt nach und nach vertraut gewordenen marxistischen Sinne, mit einer klassensozialen Revolution, kurzum mit dem eigentlichen Sozialismus zu tun? Gewiß hat der Sozialismus, weil man die von ihm — im Grund jedoch aus ganz anderen Anlässen — bekämpfte kapitalistische Gesellschaftsordnung fast immer von der Gegenseite her mit der Hervorhebung der unter ihr erzielten produktiven Errungenschaften, der verwirklichten staunenswerten Leistungen von Technik und Ökonomie am durchschlagendsten zu verteidigen hoffte, dem Kapitalismus auch jederzeit beschämende Vergeudung von Kräften und lähmende rein technische und rein produktionswirtschaftliche Mängel und Widersprüche schlimmster Art vorgeworfen — auf der Unterstufe der utopistischen Kritik und Zukunftsanpreisung freilich häufiger, mit viel größerer

12) Die Sozialisierung Sachsens, S. 50—51, S. 70.

Vorliebe und viel lebhafterem Interesse als später, als eine im vollen Flusse daherflutende reale Arbeiterbewegung die Aufmerksamkeit und das Reformstreben der Beteiligten vorwiegend ganz anderen Beschwerden und Forderungen zuwendete: den kennzeichnenden Forderungen einer besonderen, für die moderne Wirtschaftswelt charakteristischen Gesellschaftsklasse.

Sozialismus als festes ruhendes Endziel ist Aufhebung des Klassengegensatzes, ist Aufhebung des ausschließlichen oder fast ausschließlichen Produktionsmittelbesitzes seitens einer von der ausführenden Arbeit getrennten herrschenden Klasse, ist Beseitigung des Lohnarbeitsverhältnisses und der Lohnarbeitsausbeutung von Klasse zu Klasse. Sozialismus als ununterbrochene Bewegung ist Klassenringen, Klassenkampf, mit im großen und ganzen ständig fortschreitendem Vorwärtsdringen der Arbeiterklasse nach Lebensführung, Muße und Kulturanteilmahme, mit im Laufe der Jahrzehnte zunehmender Linderung der kapitalistischen Allein- und Vorherrschaft oben und der proletarischen Rechtlosigkeit und Abhängigkeit unten, ist wachsende Zivilisierung in der Führung dieses Klassenkampfes, dessen rohste Formen infolge der Machtstellung und Einflußgewinnung der Arbeiter und der entsprechenden Erkenntnis der Unternehmer unwiederbringlich absterben, dessen Ergebnisse in der fortgesetzten Höherentfaltung von Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung und Sozialgesetzen verschiedenster Art ihren festen, die Ausbeutung eindämmenden Niederschlag erhalten. Wo war von diesem Wesen und Kern des wirklichen lebendigen, wissenschaftlich-theoretisch wie praktisch-politisch gleich lebendigen Sozialismus, von der aufsteigenden, umwälzenden Arbeiterklassenbewegung, der Emanzipationsbewegung des größten Volksteiles bei unserem sächsischen „gesellschaftstechnischen“ Sozialisierer überhaupt die Rede? Der hier in bald mehr, bald weniger glücklichen Zergliederungen des Produktionschlendrians und der Produktionsplanlosigkeit, der Verkehrs- und Handelsauswüchse, des unzweckmäßigen Arbeitsprozesses und in darauf fußenden Reformvorschlägen

zu uns sprach, das war — die Ausdrucksweise unserer Parteiagitator zu gebrauchen — wahrhaftig kein Klassenkämpfer, das war ein Ordnungsfanatiker à outrance, bis zum äußersten. An der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mißfiel ihm viel weniger der Kapitalismus und um so mehr, daß so vieles noch lange nicht derart wohlgeordnet war, wie man dies nach dem Prinzip des geringsten Kraftmaßes hätte wünschen und verlangen können.

Aber sonderbare sozialistische Revolutionsheilige, von denen man sich früher kaum etwas hätte träumen lassen, sind es auf jeden Fall, die der staunend aufhorchenden Mitwelt in vollster Harmlosigkeit versichern können: „Rationalisierung, Normung, Typisierung sind die Kennzeichen sozialistischer Produktion: Normung für die Schrauben, Keile, Gewinde, kurz, für die technischen Hilfsartikel; Typisierung für die Stühle der Möbel und Gebrauchsgegenstände . . . Die sozialistische Wirtschaft wird Maschinenteile normen . . . Die sozialisierte Wirtschaft wird Maschinen typisieren.“¹³⁾ Ja, wenn sie weiter nichts kann und will, dann soll sie dies nur ruhig dem Kapitalismus überlassen, der an alledem zunächst noch immer ein viel größeres und unmittelbareres Interesse hat als die Arbeiterklasse und der auf diesem Gebiet auch keineswegs organisatorisch untätig ist: in Deutschland nicht und noch weniger in Ländern wie den Vereinigten Staaten, die kaum jemand zu den bereits stärker „sozialisierten“ Staaten wird rechnen wollen.

Das ist so unanfechtbar, daß Neurath selber gar nicht selten unterstreicht, wie seine Betrachtungsweise und sogar seine Schlußfolgerungen abseits der trennenden, scharf scheidenden Klassengrenze, das heißt eben abseits des Produktionssozialismus in seiner Klassenbestimmtheit und Klassenbesonderheit liegen. Und wieder bei anderen Gelegenheiten fühlt man deutlich heraus, wie ihn — aus seiner ganzen Grundauffassung heraus durchaus erklärlich — die kapitalistischen

13) Otto Neurath und Wolfgang Schumann, Können wir heute sozialisieren? Leipzig, Dr. W. Klinkhardt 1919, S. 39, und: Die Sozialisierung Sachsens, S. 52.

Anläufe zur Besserordnung: die Trusts, die Syndikate, die Konzerne innerlich befriedigen, ohne jene Bedenken in besonderem Maße zu erwecken, die zum mindesten nahe liegen, wenn man alle solche Fragen vom Standpunkt der Kräftekonstellation und des Kräfte-messens der Klassen aus zu sehen gewohnt ist. Er ist und bleibt jederzeit viel mehr der Rationalisierer wie der Sozialisierer — selbst in seinem verballhornten Sinne: Sozialisierung gleich Planwirtschaft mit arbeiterfreundlicher, gegen die Massennot gerichteter „Lebens-lagen“verteilung (vgl. Anmerkung 19):

„Wir müssen die Rationalisierungszentrale bekommen, die der Produktion Vernunft — ratio — beibringt . . . Sachsen muß unter allen Umständen sofort einen Wirtschaftsplan bekommen, auch dann, wenn nicht sofort sozialisiert wird . . . Die freie Verkehrswirtschaft ist unwirtschaftlich auch für den U n t e r n e h m e r. Das ist wichtig . . . Die Forderung des Wirtschaftsplanes ist an sich keine sozialistische Forderung. Wer für ein Generalkartell eintritt, einen Welttrust, für ein Wirtschaftsparlament, das die Produktion leitet, für einen Verband der Verbände, in dem die Unternehmer, die Arbeiter und die Konsumenten miteinander verhandeln, ist ebenso Anhänger des Wirtschaftsplanes wie jeder, der eine Vergesellschaftung der P r o d u k t i o n s m i t t e l fordert . . . In diesem Geiste müßte eigentlich auch heute die Sozialisierung vor allem (!) in der Ausgestaltung und Dervollständigung der Großorganisationen erblickt werden . . . Kartelle, Banken, gemischte Werke . . . Handelskammern, Landwirtschaftskammern und andere Großorganisationen [wären] neben dem Staat als Diener der Sozialisierung zu verwenden . . . Daß man die Unternehmer vielleicht schwer in Sozialisten verwandeln kann, will ich zugeben, aber man müßte mindestens den Versuch machen . . . Je kräftiger und bereitwilliger das Unternehmertum an der Neugestaltung des Staates mitwirkt, um so reibungsloser wird die Sozialisierung Sachsens ermöglicht sein — zum Wohle aller.“¹⁴⁾

Dieser, hinsichtlich der entscheidenden Produktions=Sozialverfassung klassenfarbloser, klassenindifferenten Auffassung können natürlich -- ganz im Gegensatz zum organischen Wachstums= und Entwicklungsprinzip des Marxismus, zum Sozialismus in dem

14) Die Sozialisierung Sachsens, S. 92 und 12. — Neurath, Wirtschaftsplan und Sozialisierung, Wien 1919, A. Dorn, S. 3. — Neurath, Wesen und Weg der Sozialisierung, München 1919, Callwey, S. 5. — Die Sozialisierung Sachsens, S. 37. — Neurath, Leitartikel: Die Sozialisierung Sachsens auf dem Marsch, Freie Presse, Leipzig, vom 22. Februar 1919.

obenerwähnten, geschichtlich gegebenen Sinne — die tiefstgehenden sozialen Auseinandersetzungen einfach wie Fragen einer ganz objektiven „Gesellschaftstechnik“ erscheinen: einer kunstgerechten, in allen Bevölkerungskreisen nur zur genügenden Anerkennung zu bringenden Neuzusammenfügung und Neuausgestaltung der bisher bedauerlich widerspruchsvoll verbundenen, kläglich schlecht zusammenwirkenden und sogar gegeneinander laufenden Wirtschaftselemente. Ein Organismus, wie es die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nach marxistischer Anschauung ist, kann sich nur entwickeln, in unlösbarer Wechselwirkung von Teilen und Ganzem. Einen Mechanismus kann man allenfalls auseinandernehmen, in seinen Stücken anders zurechtfeilen und glätten und in besserer Anordnung wieder zusammensetzen. Die ganze Neurath'sche Beweisführung und Agitation wird diese letzte, schiefe, zurückgebliebene und utopistische Denkweise niemals los. Auch der ganz angemessene Ausdruck Gesellschaftstechnik kehrt deshalb bei Neurath ständig wieder:

„Es handelt sich hier gar nicht um Fragen der Leidenschaft und der parteilichen Stellungnahme. Die sind notwendig, wenn es gilt, Revolutionen zu machen und Politik im eigentlichen Sinne. Hier handelt es sich um die Lösung großer gesellschaftstechnischer Probleme, um diesen Ausdruck zu gebrauchen . . . Kann man nicht eine Volkswirtschaft, ja die ganze Weltwirtschaft wie einen Riesenbetrieb ansehen und so nicht nur in übertragenem Sinne von einer Gesellschaftstechnik sprechen? Stufenweise sind wir so von der Maschinenteknik über die Arbeitstechnik und Betriebstechnik zur Gesellschaftstechnik fortgeschritten . . . Ein Plato, ein Campanella, ein Thomas Morus sind in gewissem Sinne Vorläufer jener Gesellschaftstechniker, welche uns eine nicht allzu ferne Zukunft schenken wird . . . In vielen dieser Utopien werden maschinentechnische Neuerungen neben gesellschaftstechnischen eingeführt, und man merkt deutlich, wie ein Geist alles durchdringt . . . Wir werden unsere Lebensordnung wie eine Maschine umzukonstruieren suchen . . . Warum entwarfen wir nicht schon längst einen Plan der Pläne? Weil wir nicht technisch denken . . . Hier sitze ich, forme Völker nach meinem Bilde . . . Dein nicht zu achten wie ich.“¹⁵⁾

Dieses vollkommen Jenseitsstehen von organischer Betrachtungs-

15) Die Sozialisierung Sachsens, S. 11. — Technik und Wirtschaftsordnung, S. 5, 12 u. 16.

weise, von Klassen- und Klassenkampf-Auffassung zieht die weitere Konsequenz nach sich, daß die verschiedensten Klassen eigentlich das Sozialisierungsprogramm, obwohl mit verschiedenen Verteilungsvarianten, billigen könnten; sie brauchten nur von dem gesellschaftstechnisch Vollkommeneren überzeugt zu werden:

„Sozialisieren heißt: eine Wirtschaft der planmäßigen Verwaltung durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft zuführen . . . Es gilt nun heute, die Organisation Deutschlands, die bis zu einem gewissen Grade vorhanden ist, in sozialistischem Geiste auszugestalten und zu vollenden . . . Zunächst ist es denkbar, daß große Verbände selbst die Leitung der Wirtschaft in der Hand haben . . . Es kann eine solche Verbandsorganisation, ein solches Generalkartell, wie es Hilfferding einmal genannt hat, eine Wirtschaft planmäßig verwalten, entweder im Interesse privaten Profits, aber auch im Interesse der Gesamtheit. Es kann eine solche Verwaltungswirtschaft, wenn sie mit sozialistischer Verteilung verbunden ist, eine sozialistische Wirtschaft sein. Eine solche sozialistische Verwaltungswirtschaft kann aber auch von einem Monarchen geführt werden . . . Ob eine sozialistische Monarchie wünschenswert oder nicht wünschenswert ist, ist eine Frage der Politik; gesellschaftlich-technisch ist es natürlich denkbar, daß ein Monarch erklärt: Ich will, daß bei meinem Volke eine sozialistische Verteilung durchgeführt wird . . . Es wäre sinnlos, die Enteignung der Klein- und Mittelbauern als Sozialisierungsmaßnahme jetzt in Aussicht zu nehmen. Je kräftiger und bereitwilliger das Unternehmertum an der Neugestaltung des Staates mitwirkt, um so reibungsloser wird die Sozialisierung Sachsens ermöglicht sein — zum Wohle aller.“¹⁶⁾

In München sah deshalb Neurath in seiner Einführungsrede vor dem Sozialisierungsausschuß alle Klassen dem neuaufgerichteten Sahnlein zufließen, mit Ausnahme jenes Unternehmertums, bei dem der ganz individuelle Egoismus — die Hoffnung, zu den wenigen großen Lotteriegewinnern zu gehören — das Gruppeninteresse überwiege, das selbst hier der Verwaltungswirtschaft (siehe Kartelle und ähnliches) keineswegs strift zuwiderlaufe. Auf die bayerische Volkspartei glaubte Neurath bei der Sozialisierung rechnen zu können, denn „der bayerische Bauer sei so antikapitalistisch wie möglich“. In Verhandlungen könne man sich auch mit den

16) Die Sozialisierung Sachsens, S. 8 u. 14, und nochmals der Neurath'sche Leitartikel in der Leipziger „Freien Presse“ vom 22. Februar 1919.

konserватiven Parteien im großen und ganzen einlassen, denn sie seien für die patriarchalische Verfassung, die ihnen der Kapitalismus zerstört habe, und deshalb eigentlich immer Gegner des Kapitalismus gewesen. Man darf den Zeugen vollkommen Glauben schenken, die jede Neigung Neuraths zur einseitigen Rätebittatur abstreiten, und es besteht nach dem Dorerwähnten nicht der geringste Grund, an der Aufrichtigkeit der Erklärung Neuraths vom 9. Mai 1919 zu zweifeln: er sei an den parteipolitischen Kämpfen der letzten Wochen ganz unbeteiligt geblieben und habe „immer wieder betont und auch jeder Regierung gegenüber eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß ich schon im Interesse der Sozialisierung mich grundsätzlich jeder Politik enthalte . . . Meiner Anschauung nach beruhen die schweren Erschütterungen unserer Tage wesentlich darauf, daß in zu geringem Ausmaß Wirtschafts- und Sozialisierungsprogramm im Mittelpunkt der Erörterung stehen, sondern vor allem Fragen der Partei- und Machtpolitik“.

„Er könne sich nicht vorstellen (heißt es in der gedruckten Niederschrift des bayerischen Sozialisierungsausschusses), daß über die Frage, ob man einen Wirtschaftsplan bekomme, ein Gegensatz eintrete; er könne sich nicht vorstellen, daß die Rationalisierungszentrale, die Kompensationszentrale, . . . die Kontrollstellen, die Aufklärungsstellen auf Widerstand stießen. Warum streiten? Man habe so viel, worüber man streiten könne, wozu unnützlich Gegenätze suchen, wo sie nicht seien . . . Man stimme ab und erkläre den Kapitalismus für abgeschafft. Wie man das durchführe, sei eine Frage der Organisation, auf Widerstand rechne er nicht . . . Die Bauern und Arbeiter würden die neue Wirtschaftsordnung schaffen . . . eine Brüdergemeinschaft der Arbeiter und Bauern . . . ein sozialistisch-kommunistisch-solidarisches Bayern.“¹⁷⁾

Bald darauf waren die bayerischen Bauern bereit — wenn es sein müßte, durch Aushungern —, mit den großstädtischen Herden der Sozialisierung gründlich aufzuräumen. Neurath befand sich seit

17) Bayerischer Landtag, Tagung 1919, Beilage 70: Niederschrift über die erste Sitzung des 7. (Sozialisierungs-)Ausschusses, S. 13. — Während der Drucklegung dieses Vortrages erscheint im Wiener „Kampf“, Sozialdemokratische Monatschrift, April 1920, ein sehr lesenswerter Schriftsatz von Neurath: Die wirtschaftlichen Räte im Programm der bayerischen Vollsozialisierung. Auch auf die sächsische Sozialisierungsbewegung fällt hier manches Streiflicht.

Mitte Mai im Gefängnis, und bei dem späteren, sehr an den Haaren herbeigezogenen Hochverratsprozeß war schon jedes öffentliche Interesse für diese kurzlebige Revolutionsepisode verschwunden; selbst der Zuhörerraum des Gerichtes war nur schwach besetzt. Die Klassenstruktur hatte über die Gesellschaftstechnik gesiegt, aber schließlich doch auch die innere Kraft und Fähigkeit des realen Wirtschaftslebens über die leere Konstruktion und die schemenhafte Utopie, die man ihm von außen her aufzuzwingen suchte.

Nicht einmal tiefere, bleibende Anregungen wird diese Sozialisierungsepisode hinterlassen. Dazu waren diese Zielsetzungen, wie meist bei Utopien, zu starr unbeweglich, beruhten sie viel zu sehr auf bloßer Gedankenlogik, deren Ergebnisse mit der unterstellten Voraussetzung stehen oder fallen. Ein solcher Plan muß als Ganzes durchgeführt oder beiseite gelegt werden, und sein Urheber selber hat stets diese Wahrheit betont: Der Plan beziehe sich natürlich auf die ganze Wirtschaft, „auf dem Ganzen liegt der Ton“. Es habe keinen Sinn, einzelne Betriebe und Betriebszweige in Angriff zu nehmen und zu untersuchen, ob sie „zur Sozialisierung reif“ sind, „denn wir können einzelne Betriebe verstaatlichen und haben an der Wirtschaftsordnung nichts geändert; es bleibt die Wirtschaft planlos, wie sie war“.

„Wir können die Wirtschaft nur sozialisieren, wenn wir darangehen, von vornherein einen umfassenden Plan zu entwerfen. Die Sozialisierung darf also nicht in der Art abschnittsweise erfolgen, wie es vielfach angeregt wurde, daß stückweise hier und dort Veränderungen vorgenommen werden . . . Es ist mit aller Schärfe zu betonen, daß man eine Lebensordnung nicht in der heute viel erörterten Art „teilweise“ sozialisieren kann. Es bedeutet wenig, im März den Bergbau, im Mai den Futtermittelimport, im September die Elektrizität zu „sozialisieren“ . . . Selbst Dutzende von Verstaatlichungen ändern wenig an der Lebenslage der Gesamtheit, solange die alte Lebensordnung bestehen bleibt. Das große Ziel kann so nicht erreicht werden . . . Denn was ist das Ziel? Eine planmäßige Gesamtwirtschaft! Der Entschluß hierzu ist ein entscheidender Schritt. Man würde die Wirtschaft lähmen, wollte man die schrittweise erfolgende Verstaatlichung für die nächsten Jahre in Aussicht stellen und bis dahin die Anarchie teilweise bestehen lassen. Denn die noch nicht-sozialisierten Unternehmer würden keine weiterauschauenden Abschlüsse und Bestellungen machen können, weil sie nicht wissen würden,

wann sie „drankommen“ und was ihnen bevorsteht. Eine solche Lähmung beobachten wir heute leider schon vielfach. Es kommt also auf einen entscheidenden Schritt an. Dieser besteht in der Gründung einer mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Stelle, welche für die planmäßige Gesamtverwaltungswirtschaft Sorge zu tragen und sie durchzuführen hat.“¹⁸⁾

Einzelne Anhänger — nicht Neurath selber (vgl. unten die Anmerkung 19) — haben dann, nach dem Scheitern des Ganzen, die Konsequenz in der Tat nach einer ganz anderen Richtung gezogen. Fällt der eigentliche sozialistische Plan, dann ist vorläufig in den Kapitalismus, „in die kapitalistische Wirtschaft so viel Planmäßigkeit hineinzubringen, daß sie eine brauchbare Vorstufe für den Sozialismus sein kann.“¹⁹⁾ Die revolutionäre Sozialisierungsbewegung würde danach also zwar lediglich mit einem plan-

18) Die Sozialisierung Sachsens, S. 39. — Können wir heute sozialisieren? S. 56.

19) Sellisch, „Volksstimme“, vom 24. September 1919. — Um eine falsche Auffassung des oben Gesagten nicht aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich festgestellt, daß das Neurathsche Umgestaltungsprogramm — trotz seiner ganz anderen Ausgangsstellung als die geschichtlich gewordene tatsächliche Arbeiterbewegung und ihre theoretische Widerspiegelung, der wissenschaftliche Sozialismus in dem hier festgehaltenen Wortsinne — stets in durchaus arbeiters- bzw. massenfreundlichen Forderungen endet, ja daß es, lediglich nach seinen festen Schlussergebnissen betrachtet, manchen Arbeiterradikalismus an Weitgestandtheit der Ziele und Entschiedenheit des Neuerungswillens übertrifft. Die Durchsetzung des kräftesparenden und steigernden Plangedankens soll eine „neue Lebensordnung“ heraufführen, weil „die bestehende Lebensordnung ungerecht, faul, glückwidrig, menschenunwürdig ist“. Die Neuverteilung von „Lebenslagen“ und die neue „Zuweisung von Lebenslagen“ hat vor allem den heute darbenenden Massen eine „Mindestmenge von Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung und Vergnügung“ zu sichern. „Die breiten Massen verlangen, daß alle Bevorzugung einzelner auf Grund des Erbrechts, der Klassenzugehörigkeit usw. aufhöre, nur auf Grund persönlicher Leistung und persönlicher Eigenschaften (Alter, Gesundheitszustand, Geschlecht usw.) soll die Verteilung der Lebenslagen erfolgen. In absehbarer Zeit wird die Verteilung angesichts des Verlangens der Massen gar nicht mehr anders erfolgen können, wenn man nicht den allgemeinen Putschismus, ständige Streiks und Plünderungen riskieren will. Soziale Verteilung der Lebenslagen ist aber nur möglich, wenn die Gesellschaft einen entsprechend gearteten Wirtschaftsplan verwirklicht.“ Vgl. besonders: Können wir heute sozialisieren?, S. 53 und 60.

mäßigeren Kapitalismus enden; doch . . . der Plan, der Plan wäre gerettet!

Schließlich kehrt damit diese ganze eigenartige Sozialisierungsbewegung, die außerhalb Sachsens nur in Bayern noch Anklang fand, wieder zu ihrem geistigen Ausgangspunkt zurück: von der Kampf- und opferreichen Klassenbewegung der Arbeiter zur reinen Ideologie der „Verwaltungswirtschaft“, von einer großen sozialen Befreiungsbewegung zur klassenfarblosen und klassenindifferenten Rationalisierung unserer Wirtschaftsordnung und Betriebsweise, zur bloßen Kritik und Reform des Systems der freien Konkurrenz (der Verkehrs- und Geldwirtschaft, wie es bei Neurath stets heißt²⁰⁾), allerdings immer unter Betonung und nach Maßgabe der Massen- bzw. Arbeiterinteressen.

Nur in der Unklarheit und dem Dämmerlichte des ersten revolutionären Erwachens konnte es einen Augenblick scheinen, als ob beide, voneinander weit abweichende, prinzipiell grundverschiedene Strömungen des Denkens und Wollens zu gemeinsamem Handeln zusammenfließen würden.

III.

Gleich im Anfange dieses Vortrages wurden die hauptsächlichsten Ursachen des Zurückbleibens der ersten revolutionären Sozialisierung

20) Wie sovieler ganz- und halbtopistische Kritiker der Verkehrswirtschaft (früher sagte man lieber: des Systems der freien Konkurrenz, des *laissez faire*) sieht auch Neurath die Inkarnation des falschen Prinzips und aller aus diesem erwachsenen Mißbildungen und Verirrungen im Geld: „Sie müssen einsehen, wie diese fürchterlichen Dinge entstanden sind, damit Sie den richtigen Haß gegen das Geld und gegen die Geldordnung bekommen . . . Die Monarchen sind gestürzt. Die waren sehr unwichtige Mitglieder und Bestandteile unserer Nation. Jetzt müssen wir einen weit wesentlicheren Bestandteil beseitigen, das ist der Monarch Geld . . . An der zersplitterten, unbeherrschbaren Geldordnung festhalten und gleichzeitig sozialisieren wollen, ist ein innerer Widerspruch . . . Wenn man einmal das Wesen des Geldes voll erkannt haben wird, dann wird es allen wie Schuppen von den Augen fallen und die Entwicklung von Jahrhunderten wird wie ein großer Irrtum erscheinen“ (Die Sozialisierung Sachsens, S. 81 u. 83, Wesen und Weg der Sozialisierung, S. 15).

rungsbewegung offen und vorurteilslos auszusprechen versucht: sowohl hinsichtlich des Reiches, auf dessen fast ausschließliche Zuständigkeit und Geeignetheit erklärlicherweise sehr bald alle ernsteren und umfassenderen Produktionsneugestaltungen hinweisen mußten — wie hinsichtlich Sachsens, das als Gliedstaat, als Teilgebiet der einheitlichen deutschen Wirtschaftsverfassung trotz seiner überaus starken industriellen Arbeiterbevölkerung nur innerhalb überaus enger Schranken seine eigenen Wege einschlagen und einhalten konnte.

Stärker als alle Wünsche und Forderungen, Ideale und Illusionen der mit einem jähen Ruck plötzlich zu ganz anderem politischen Einfluß emporgehobenen Arbeiterklasse erwiesen sich die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse, diese stets in letzter Linie durchschlagende, geschichtlich entscheidende Gesellschaftskraft: das Bedürfnis unseres Wirtschaftslebens nach Sicherung vor neuen Beunruhigungen und gefährlichen Experimenten — die finanzielle Erschöpfung und Lähmung aller unserer öffentlichen Körperschaften, vom Reiche oben angefangen bis hinunter zu den Gemeinden — unser Angewiesensein auf das Ausland und den Auslandskredit — die ungeheuerliche, mit jedem Monat und jeder Woche weiter anschwellende Inflation aller Preise und Werte, die bei Enteignungen jede Entschädigung nach dem Gegenwartswerte zu einer unverantwortlichen Verschwendung und unerträglichen Zukunftsbelastung ausarten lassen mußte. In den notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen jeder tieferpflügenden Sozialisierung stehen wir eben nicht über der Vorkriegszeit, sondern zum Teil weit hinter ihr zurück. Diese wirtschaftlichen Voraussetzungen sind, die Jahre 1919/1920 etwa mit 1913/1914 verglichen, nicht günstiger, sondern unterdes viel ungünstiger geworden. Und selbst politische Umwälzungen, die im Überbau der Gesellschaft die letzte Abstufung einer vermorschten Rechtshülle, den Ersatz einer überlebten öffentlichen Gewalt durch eine jugendkräftigere Gegengewalt darstellen, sind ohnmächtig gegen solche überwältigende Konjunkt-

turveränderungen in dem wirtschaftlichen Untergrund der Gesellschaft.

Von dem dereinst „für das gesamte Gebiet der Republik Sachsen“ geplanten Zentralwirtschaftsamt, das mit ganz außerordentlichen Zwangsbefugnissen ausgestattet sein sollte, ist nur die Landesstelle für Gemeinwirtschaft übrig geblieben, die vollziehende Verwaltungsbefugnisse gar nicht besitzt und die mehr als eine forschende, untersuchende und begutachtende Instanz gedacht ist, bestenfalls als ein unter Umständen willkommenes und unentbehrliches Gegengewicht gegen allzu privatwirtschaftlich und großkapitalistisch gerichtete Einflüsse. Trotzdem wird sie manches Nützliche wirken können, vor allem nach unten, gegen die Gemeinden hin, deren Munizipalsozialismus sich schon seit langem so kräftig regte und unter einem Reichs-Kommunalisierungsgesetz, in größerer Bewegungsfreiheit und unter angemesseneren gesetzlichen Vollmachten, einen weiteren Aufschwung erfahren könnte — die Rückkehr normalerer Gesamtverhältnisse vorausgesetzt. Auch bei dem — leider ziemlich langsamen — Ingangkommen der Arbeits- und Produktions-Rationalisierung wird der Landesstelle eine anregende und organisierende Tätigkeit zufallen und verbleiben können — das oben über Sozialismus und Produktions-Rationalisierung Gesagte hindert natürlich in keiner Weise, aus allgemeinen Gründen der Rationalisierung eine hohe Bedeutung für unsere gegenwärtige und künftige Produktionsordnung und internationale Weltstellung zu zuerkennen.

Die Gerechtigkeit erfordert übrigens, bei dieser Gelegenheit gleich hinzuzufügen, daß auch der alte Staat und die alte staatliche Bürokratie hier wesentlich besser waren als ihr Ruf. Die sächsische Bürokratie hatte dereinst nach Möglichkeit einen Staat in den überlieferten Geleisen zu halten, dessen Bevölkerungselemente stärker als in den meisten anderen Teilen Deutschlands bereits der jüngsten, der alten Ordnung widerstrebendsten Gesellschaftsschicht, der Lohnarbeiterklasse, und ihrer politischen Organisation, der Sozial-

demokratie, angehörten. Viel Engherzigkeit und Gehässigkeit hat sich in diesem zähen unablässigen Kleinkrieg herausgebildet, zum großen Nachteil für das Ansehen des gesamten Beamtenkörpers bei der betroffenen Bevölkerungsmehrheit. Andererseits hat aber die sächsische Bürokratie, der bis in die jüngste Vergangenheit hinein eine politisch und öffentlich regsame Oberschicht der Bevölkerung gar nicht oder nur sehr wenig zur Seite stand, außergewöhnlich mannigfaltige, fast immer in rapidestem Fluss befindliche, unausgeseht neue Probleme aufwerfende hochentwickelte Verhältnisse seit vielen Jahrzehnten zu meistern und zu lenken gehabt, und sie hat in dieser nimmer ruhenden alltäglichen Schulung — in dieser Beziehung der Bürokratie der meisten deutschen Gebiete überlegen — nicht nur Schätze der Erfahrung und des Wissens angesammelt, sondern in den verschiedensten Zweigen auch eine nicht zu unterschätzende geistige Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit erlangt. So konservativ sie sich gern gab, so fehlt ihr doch keineswegs dieser zweite moderne Zug; sie war eben doch immer wieder die Bürokratie eines modernen Industriestaates, der mit bloßem Stillstand seines Verwaltungsapparates — und ebenso seiner Gesetzgebung — niemals auszukommen vermochte. Unvergessen soll deshalb bleiben, daß, bereits ein paar Jahre vor dem politischen Umschwung, durch das Kohlenabbauregal und vor allem durch die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung Sachsen verhältnismäßig viel Weitblick und Wagemut entfaltete und bei der Elektrizitätsfrage dem Reiche und dem Durchschnitt der Einzelstaaten weit voranschritt.²¹⁾

Deshalb sehe ich auch in der Sozialisierungsbewegung keineswegs nur Schwarz. Um jeden Preis eine Kraftprobe zu veranstalten, war die sächsische Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, in den

21) Vgl. die Darlegung von Wirkl. Geh. Rat Dr. Waentig: Sächsische Friedensarbeit im Weltkrieg, im „Tag“ vom 12. November 1916 — und Edmund Sijker, Das sozialistische Werden, Leipzig 1919, Veit u. Co., S. 206ff. und besonderes S. 120ff.

Monaten der noch unerschütterten Revolution allerdings nicht in der Lage; aber Kraftproben überschlagen sich meist, schlagen leicht in ihr Gegenteil um, und mancher Anhänger des ersten sächsischen Sozialisierungsprogramms wird es heute bereits nicht mehr bedauern, daß vom Worte nicht sofort zur Tat geschritten wurde, nicht geschritten werden konnte. Wirtschaftliche Notwendigkeiten jedoch haben sich gerade in Sachsen bereits in der Vergangenheit durchgesetzt. Die in Angriff genommenen und in Aussicht gestellten Rahmengesetze des Reiches werden dem Staat und den Gemeinden neue Bahnen des Weitergehens auf diesem Wege eröffnen. Selbst ein politischer Rückschlag kann in Sachsen nicht mehr daran denken, die Anteilnahme der Arbeiter am öffentlichen Leben wieder auf das Niveau der Vorkriegszeit zurückschrauben zu wollen — denn schon der Krieg und nicht nur die Revolution brachte der Arbeiterklasse eine andere politische Stellung und Achtung. Diese nach Rechten wie nach Pflichten veränderte, in ihrem Kern unverlierbare Stellung der Arbeiter ist aber unzertrennlich verbunden mit einer stärkeren Betonung der gemeinwirtschaftlichen, sozialistischen Auffassung. Und was an dieser echt und unzerstörbar ist, wird sich deshalb in kommenden Jahren rascher und leichter durchringen, sobald nur die Hemmnisse und Wirrungen der wirtschaftlichen Zusammenbruchs- und Übergangsperiode, in deren Mitte wir noch immer stehen, von uns genommen sein werden.

Anhang

Sozialisierungsprogramm,

vom Vollzugsrat (Zentralrat) des Landes=Arbeiter= und Soldaten= rates der Republik Sachsen am 19. Februar 1919 der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen:

(Sperrungen und Fettschrift wie im Original, „Volksstimme“, Chemnitz, vom 21. Februar 1919.)

I.

Als Mittel zur Durchführung eines Sozialisierungsplanes sind die folgenden zu betrachten:

Das Entscheidende ist die Errichtung eines **Zentralwirtschaftsamtes für das gesamte Gebiet der Republik Sachsen.**

Die Aufgabe des Zentralwirtschaftsamtes ist es, zunächst eine Übersicht über die produktiven Kräfte des Landes und die Bewegung der Rohstoffe, Energien und Produkte zu schaffen. Hierbei handelt es sich selbstverständlich nicht um Geldwert und Bilanzen, sondern ausschließlich darum, festzustellen, welche Mengen von Rohstoffen, Wasser= und elektrischen Kräften usw. menschlichen und tierischen Arbeitskräften, Maschinen, Waldbeständen, Bergwerken, Steinbrüchen, Ackerflächen im Lande vorhanden sind, wieviel davon ein= und ausgeführt werden, wieviel davon innerhalb des Landes verschoben werden; es muß z. B. ersichtlich sein, welche Mengen von Eisenerz, Kohle und Kalk in die Hüttenwerke Sachsens eingehen, welche Menschenarbeit, Maschinen usw. aufgewendet werden und wieviel Roheisen und Thomaschlacke daraus gewonnen werden, wohin diese Mengen gelangen, in welche Industrien das Roheisen zur Verarbeitung übergeht und wie es schließlich der Bedarfsdeckung dient. Oder, um ein anderes Beispiel anzuführen, welche Mengen von Düngstoffen, tierischer und menschlicher Arbeit erforderlich sind, um die Einwohnerschaft Sachsens in ausreichendem Maße aus dem Produkt eigenen Bodens mit Lebensmitteln zu versorgen. Man könnte etwa die Frage lösen, um wieviel die Kohlenförderung erhöht werden müßte, damit man durch die Zementierung sämtlicher Düngergruben die landwirtschaftliche Produktion Sachsens um ein Viertel steigern könne. Die Ergebnisse einer solchen Universalstatistik würden durch die

Naturalrechnungszentrale des Wirtschaftsamtes

für die Zwecke der Verwaltung und des Wirtschaftsplanes benutzt werden. Es leuchtet ein, daß hierzu dem Zentralwirtschaftsamt die allerweitestgehenden Vollmachten bezüglich aller statistischen Erhebungen zu geben

wären. Die sozialistische Gesellschaft kennt keine privatwirtschaftlichen Geheimnisse. Es leuchtet ebenso ein, daß die neueinrichtende Statistik nach einem einheitlichen Plan, zwar unter Benützung der bisherigen privaten und öffentlichen Einrichtungen, jedoch nach den einheitlich durchdachten Grundsätzen der Zentrale, überall durchzuführen wäre. Bisher ist die Statistik in höchstem Grade zersplittert gewesen. Die einzelnen Verwaltungszweige haben, ohne miteinander in Verbindung zu stehen, nach verschiedenen Grundsätzen zu verschiedenen Zwecken mit verschiedenen Rubriken Erhebungen angestellt, was nicht nur vielfach doppelte und dreifache Arbeit verursachte, sondern auch bewirkte, daß das Endergebnis häufig in vielen und wichtigen Fällen miteinander nicht verglichen und verknüpft werden konnte. Dieser Zustand kann in der sozialistischen Gesellschaft nicht andauern.

Auf diesen Vollmachten, Vorarbeiten und Einsichten in das Wirtschaftsleben baut sich nun der von der Zentralwirtschaftsstelle auszuarbeitende

Wirtschaftsplan

auf, aus welchem entnommen werden kann, welche Lebenslagen sich für die Bevölkerung bei Anwendung der verschiedenen wirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsmaßnahmen ergeben. Es könnte sich dabei z. B. folgendes ergeben: Verfährt man nach dem einen Wirtschaftsplan, so kann man danach ein Kanalwerk anlegen und dadurch vielleicht die raschere Ein- und Ausfuhr verschiedener Waren, z. B. Lebensmittel, für lange Zeit ermöglichen. Nach dem anderen Wirtschaftsplan kann man dagegen einige Schulen und Krankenhäuser errichten, ohne mehr Arbeit und Rohstoffe zu gebrauchen. Beide Möglichkeiten würden innerhalb des zugehörigen Gesamtwirtschaftsplanes natürlich noch andere Verschiedenheiten mit sich bringen. Die Volksvertretung hätte nun zu entscheiden, welchem Wirtschaftsplan sie ihre Zustimmung erteilen wird.

Die Durchführung des Wirtschaftsplanes

muß dadurch gewährleistet werden, daß das Zentralwirtschaftsamt

1. bevollmächtigt wird, die von der Volksvertretung beschlossenen wirtschaftlichen Maßnahmen bei den ausführenden Betrieben aller Art im Rahmen der Reichsgesetze zu erzwingen,

2. instand gesetzt wird, die von ihm angeordneten Wirtschaftsmaßnahmen in weitgehendem Maße durch eigene Beamte oder Vertrauensmänner in ihrer Durchführung zu kontrollieren,

3. sich eine regelmäßige, territorial und fachlich gegliederte Berichterstattung einrichten kann, welche ihr einen Überblick über die letzten Ereignisse und Folgen der Durchführung des Wirtschaftsplanes in bezug auf einzelne Fragen und Gebiete ermöglicht.

Es erscheint geboten, dem Zentralwirtschaftsamt ferner eine Abteilung anzugliedern, welche den gesamten

Kompensationsverkehr mit den außersächsischen Wirtschaftsgebieten zu leiten hätte. Es wäre dem Zentralwirtschaftsamt ferner anzugliedern eine Stelle, welche die

Verbindung zwischen dem Amt und sämtlichen staatlichen Betrieben

dauernd herzustellen hätte, damit zwischen den staatlichen Betrieben und dem Zentralwirtschaftsamt jede unnötige Reibung und Schwierigkeit vermieden werde. Eine solche Verbindungsstelle ist um so wichtiger, als vermutlich in allernächster Zeit im Interesse der leichteren Durchführung der vollen Sozialisierung noch weit mehr Betriebe verstaatlicht werden als bisher. Eine der wichtigsten Abteilungen des Zentralwirtschaftsamtes würde diejenige der

Rationalisierung der Betriebe und der Arbeitsleistungen

sein. Bisher sind die Methoden, nach denen sich die Arbeit im einzelnen vollzieht, sehr unvernünftig; ein großer Teil der aufgewandten Arbeitskräfte ging an Leistungen verloren, die zur Erreichung des Arbeitszweckes nichts beitrugen. Es ist deshalb erforderlich, daß jede einzelne Arbeitsleistung auf ihre Zweckmäßigkeit wissenschaftlich genau untersucht und daß dafür gesorgt werde, daß diese Erfahrungen überall, in der Wirtschaft wie in der Verwaltung, in ausgedehntestem Maße sobald wie möglich angewendet werden. Eine solche rationalisierende, arbeitsparende Ausgestaltung des Arbeitsprozesses liegt heute mehr denn je im Interesse des einzelnen Arbeiters wie des gesamten staatlichen Wirtschaftsprozesses. Alle Bestrebungen, die auf

technische Vereinheitlichung (Normierung und Typisierung)

abzielen, müssen von dieser Stelle durch Untersuchungen und Veröffentlichungen tatkräftig unterstützt werden. Diese Stelle hätte auch dafür zu sorgen, daß

Arbeits- und Berufsforschung

energisch gepflegt werden, und daß deren Ergebnisse insbesondere für Eignungsprüfungen und für die Berufsberatung verwertet werden, denen im sozialisierten Staat eine entscheidende Bedeutung zukommt, da ohne sie das System der Einheitschule zu völliger Verwirrung führen müßte. Es versteht sich nach all dem von selbst, daß das Zentralwirtschaftsamt in keinem Fall allein aus Juristen und Beamten bestehen kann, die z. B. an anderen Stellen nicht verwendet werden können, sondern in erster Linie aus Sachleuten, d. h. aus Wirtschaftspraktikern, Wirtschaftskennern, Ärzten, Sozialhygienikern, Physiologen, Technikern, Psychologen usw.

II.

Das Arbeitsgebiet des Zentralwirtschaftsamtes dürfte zunächst bestehen in der Ausarbeitung und Ausführung folgender Gesetze, die der Volkshammer zur Beratung und Genehmigung zu unterbreiten wären:

1. Gesetz über Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes.
2. Gesetz über die Befugnis des Zentralwirtschaftsamtes, statistische Erhebungen zu veranlassen oder zu beeinflussen und Enqueten und Erhebungen durchführen zu lassen.
3. Gesetz über allgemeine Auskunftspflicht gegenüber dem Zentralwirtschaftsamte.
4. Allgemeines Arbeitspflichtgesetz für alle Staatsangehörigen der Republik Sachsen.
5. Gesetz, welches jedem Sachsen eine Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügungen sichert.
6. Gesetz über Erforschung und Durchführung der Betriebs- und Arbeitsrationalisierung.
7. Gesetz über Zwangsorganisation der Produzenten und staatliche Beaufsichtigung ihrer Organisationen.
8. Gesetz über staatlich beaufsichtigte Zwangstartelle.
9. Gesetz über gewerkschaftliche Zwangsorganisation.
10. Gesetz über Zwangsorganisation der Konsumenten.
11. Gesetz über die Enteignung des städtischen Grundes und Bodens.
12. Gesetz über die Enteignung des ländlichen Grundes und Bodens.
13. Gesetz über Enteignung der privaten Forsten.
14. Gesetz über Enteignung industrieller Betriebe (Zement, Zucker, Bausteine, Rohglaserzeugung, Bergbau, Erzeugung von Roheisen und Halbzeug aus Eisen, Zeitungs- und Packpapiererzeugung künstliche Düngemittel, Verkehrsmittel).
15. Gesetz über Enteignung der Verkehrsbetriebe.
16. Gesetz über Enteignung des Gasthofs- und Gastwirtschaftsgewerbes.
17. Gesetz über zwangsweise Zusammenlegung von Betrieben.
18. Gesetz über Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung für nicht verstaatlichte Betriebe.
19. Gesetz über Lohnzuschläge für überdurchschnittlich wertvolle Leistungen.
20. Gesetz über den Ausschub der Entschädigung bei Enteignungen.
21. Gesetz über den Kompensationsverkehr mit außer-sächsischen Wirtschaftsgebieten.